

"Frankreich kämpft um Straßburg als Sitz der europäischen Institutionen" in El País (16. September 1987)

Legende: Der Artikel, der am 16. September 1987 in der spanischen Tageszeitung El País erschienen ist, spiegelt das Anliegen der französischen Behörden wider, den Sitz des Europäischen Parlaments in Straßburg zu behalten, während es Initiativen der Europaabgeordneten für Brüssel gibt und einige Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sich für Luxemburg als Sitz ihrer Institution stark machen.

Quelle: El País. 16.09.1987. Madrid. "Francia lucha por defender Estrasburgo como sede europea", auteur:Cembrero, Ignacio.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/frankreich_kampft_um_stra%C3%9Fburg_als_sitz_der_europaischen_institutionen_in_el_pais_16_september_1987-de-eaffee83-b485-4cb5-9c17-2510971b2c27.html



Publication date: 29/07/2016

Frankreich kämpft um Straßburg als Sitz der europäischen Institutionen

Chirac erklärt, die Frage sei nicht verhandelbar

Straßburg

IGNACIO CEMBRERO, SONDERKORRESPONDENT. Die politische Klasse Frankreichs hat sich mobilisiert, um für Straßburg als Sitz der europäischen Institutionen zu kämpfen und zu erreichen, dass die Stadt weiterhin Institutionen wie das Europäische Parlament und den Europarat beherbergt. Der Höhepunkt dieses Kampfes wurde zweifellos am Montagabend erreicht. Vor 2 000 Personen betonte der französische Ministerpräsident Jacques Chirac, nachdem er eine Erklärung des Staatspräsidenten François Mitterand vorgelesen hatte, nachdrücklich, „über Straßburg“ könne „nicht verhandelt werden“.

Das Treffen war vom Internationalen Bündnis zur Stärkung der europäischen Rolle Straßburgs einberufen worden, zu dessen 15 000 Mitgliedern sich ein ehemaliger Staatspräsident, die Präsidenten der Parlamentskammern, alle ehemaligen Regierungschefs, sechzehn Minister und vierzig ehemalige Minister aller Parteien mit Ausnahme der kommunistischen Partei und der rechtsextremen Nationalen Front gehören. Das Europäische Parlament verfügt über drei Sitze: Straßburg für die Plenartagungen, Luxemburg für das Generalsekretariat und Brüssel für die Ausschusssitzungen. Vor zwei Jahren jedoch verabschiedeten die Europa-Abgeordneten eine EntschlieÙung zum Bau eines Plenarsaals mit einer Kapazität von 600 Sitzen in der belgischen Hauptstadt. Ein britisch-belgisches Unternehmen wird in diesem Herbst mit dem Bau beginnen.

Diese Initiative beunruhigt Frankreich und es hat dagegen Einspruch vor dem Europäischen Gerichtshof eingelegt. Ebenso beunruhigt die französische Regierung die wiederholte Aussage des Parlamentspräsidenten Lord Henry Plumb, er wolle „einen einzigen Sitz, egal wo“.

Einstimmige Entscheidung

Vom juristischen Standpunkt her betrachtet muss jegliche Entscheidung über eine Verlegung des Sitzes einstimmig von allen 12 Mitgliedstaaten getroffen werden. Nichts aber kann die Europa-Abgeordneten davon abhalten, ihre Tagungen in Brüssel durchzuführen und nur eine in Straßburg abzuhalten, um die Verträge formal einzuhalten.

„Wer wird das in allgemeiner Wahl ernannte Parlament daran hindern, mehrmals pro Jahr in Brüssel zu tagen?“ fragt sich nervös Jean-Marie Caro, Abgeordnete der Mitte und Begründer des Bündnisses zur Verteidigung Straßburgs. Er befürchtet, dass die dänischen, britischen, belgischen und niederländischen Abgeordneten diesen Vorschlag bald unterbreiten werden und dabei die Notwendigkeit anführen, Geld zu sparen, sowie die Möglichkeit, die Arbeit der Europäischen Kommission mehr aus der Nähe beobachten zu können.

Seine Kollegen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sind ihnen zuvor gekommen. Zwölf Abgeordnete dieser Organisation, die 21 demokratische Länder des alten Kontinents repräsentiert, werden am 1. Oktober eine Resolution vorlegen, in der sie fordern, dass die Plenarsitzungen in Luxemburg abgehalten und die Ausschüsse in anderen Städten tagen werden.

Der Grund für diese Initiative sind die „bedrückenden und diskriminierenden“ Maßnahmen Frankreichs, das seit einem Jahr von allen europäischen Bürgern, die weder der EG noch der Schweiz angehören, ein Visum verlangt.

Mögliche Zustimmung

Es ist wahrscheinlich, dass der Text die relative Mehrheit erlangt, die zu seiner Annahme nötig ist, auch wenn das nicht einen sofortigen Umzug der Versammlung mit sich bringt.

Neben ihrer Mobilisierung sind die französischen Behörden bereit, Anstrengungen im Haushaltsbereich zu unternehmen, um so den Sitz der europäischen Institutionen im Elsass zu erhalten.

Das Straßburger Rathaus hat 300 Millionen Peseten zur Verfügung gestellt, um die Aufnahme der Gäste zu verbessern, sowie weitere 560 Millionen für den Ausbau des kleinen Flughafens Entzheim.

Der Bürgermeister und seine Stadträte hoffen auch darauf, dass Paris sich zum Bau eines Plenarsaals entschließen wird, damit das Parlament seinen Sitz nicht mit dem Europarat teilen muss.

Veröffentlicht in der Tageszeitung EL PAÍS vom 16. September 1987 im internationalen Nachrichtenteil.
Autor: Ignacio Cembrero.